

Wenig Erfreuliches von der Doha-Konferenz

Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen viele Industrieländer nach wie vor wenig Interesse an einer grundlegenden Reform des internationalen Finanzsystems zugunsten der Länder des Südens. Dies ist das insgesamt enttäuschende Fazit der zweiten UNO-Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung von Ende November 2008 in Doha.

André Rothenbühler

An der Konferenz in Doha ging es darum, die an der ersten UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey 2002 vereinbarten Ziele und Verpflichtungen (Monterrey Consensus) zu diskutieren und weitere Massnahmen zur Erreichung der internationalen Entwicklungsziele, insbesondere auch die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs,) festzulegen. Was am Ende herauschaute, war ein Minimalkonsens. Bestenfalls gelang es, einen Rückschritt gegenüber Monterrey zu vermeiden.

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey gibt sich in einem Schreiben an die Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) denn auch damit zufrieden, dass im Doha-Schlussdokument „wesentliche Eckpfeiler bestätigt werden konnten, insbesondere auch durch die Anerkennung des Monterrey Consensus in seiner Ganzheit und Integrität“. Was wie ein Erfolg tönt, ist in Krisenzeiten aber klar ungenügend.

Konferenz zu Auswirkungen auf Entwicklungsländer

Vor allem die USA erwiesen sich als grosse Bremser; so wehrten sie sich vehement gegen die von den Entwicklungsländern geforderte Reform der globalen Finanz- und Wirtschaftsstruktur. Die USA und andere Regierungen des Nordens waren auch gegen die Durchführung einer UN-Konferenz über die Auswirkungen der momentanen Krise auf die Entwicklungsländer. Sie wurde dennoch beschlossen und ist das wichtigste Ergebnis der Konferenz. Damit wird die politische Bearbeitung der globalen Finanzkrise nicht allein in den Händen der G20 (Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer), sondern aller UN-Staaten liegen.

Zur Frage wie eine Kürzung der Entwicklungshilfe als Folge der Finanzkrise vermieden werden kann, gab es in Doha nur vage Absichtserklärungen. In der Steuerfrage wehrte sich die Schweiz gegen mehr Transparenz und wollte im Schlussdokument nur „illegale“, nicht aber „illegitime“ Finanzströme erwähnt haben, um die Steuerhinterziehung auszuklammern.

Nun ist von „illicit (unerlaubt) financial flows“ die Rede. Positiv vermerkt wurde der Vorschlag von Calmy-Rey, das für die EU geltende Zinsbesteuerungsabkommen auf die Entwicklungsländer auszudehnen.

Schweiz unterstützt gemeinsame Verantwortung

Die norwegische Regierung drang mit ihrem von zahlreichen NGOs unterstützten Vorschlag nicht durch, die Thematik der illegitimen Schulden ins Doha-Schlussdokument aufzunehmen. Im Vorfeld hatte sich die AFP darum bemüht, die Schweiz für eine aktive Unterstützung des Konzepts der illegitimen Schulden zu gewinnen. Calmy-Rey teilte mit, dass die Schweiz die Weiterentwicklung des Konzepts weiterverfolgen und sich gegebenenfalls auch aktiv in die Diskussion einschalten werde. Zudem meinte sie, dass in verschiedenen Paragraphen auf die gemeinsame Verantwortung sowohl der Kreditgeber wie auch der Schuldner bei der Kreditvergabe hingewiesen werde: „Die Schweiz unterstützt dieses Prinzip vollumfänglich.“

Erfreulich und auch für die Frage der illegitimen Schulden bedeutsam ist der Umstand, dass sich die Doha-Konferenz auf einen Entschuldungsmechanismus („sovereign debt workout mechanism“) geeinigt hat. „Dieser Mechanismus stellt die Weichen für das internationale Insolvenzverfahren und für Fortschritte bei den Kriterien Illegitimität, Konditionalität und Tragfähigkeit“, stellt Jürgen Kaiser von erlassjahr.de fest, kritisiert jedoch: „Solange die Gläubiger letztlich entscheiden, helfen uns die besten Illegitimitäts-Kriterien nichts.“ Gemäss Calmy-Rey verpflichten sich die Entwicklungspartner unter Einbezug einer breiten Beteiligung sowohl der Schuldner wie auch der Kreditgeber nach verbesserten Ansätzen zur Schuldenrestrukturierung zu suchen. Die AFP hofft, dass die Schweiz hier tatkräftig ans Werk geht.